



Hamburger Nachrichten

2013

Gegr. 1792. Vereinigt 1814 mit dem 1673 gegründeten „Relations-Courier“, der ältesten Zeitung Hamburgs, 1934 vereinigt mit dem 1731 gegründeten „Hamburgischen Correspondenten“.

222. (340.)

Nr. 1

Fahrjahr

Verboten 1939. — Vormals: Hermann's Erben, Dr. Hermann Hartmeyer. — Neuherausgabe von Dipl.-Ing. G. Helzel.

In dieser Nummer:

H. Wehner: Ehrenbürger- Streit: S. 2	Meisner: mehr Frauen mit Kindern: S. 4	Elfaß: Deutsche Zeitung einge- stellt: S. 6	Baum- blüte in Eranz S. 10	Berliner Schloß S. 12
---	---	--	---	------------------------------------

Handelskammer für Stadtbahn

Die Handelskammer Hamburg empfiehlt auf ihrer Webseite wiederum die Stadtbahn für Hamburg.

Zweck der Stadtbahn soll sein:

- 1) Die Erschließung von starken Aufkommenspunkten, die heute noch keinen Anschluß an das U-Bahn- oder S-Bahnnetz haben.
- 2) Erfaß der Buslinien auf den hochfrequentierten Strecken, auf denen es bereits heute zu Kapazitätsproblemen kommt.

Als Gründe führt sie u. a. an:

- 1) Die Stadtbahn ist schadstoffarm.
- 2) Die Unabhängigkeit vom Erdöl.

Weiterhin heißt es dort:

„Nach den bisherigen Erkenntnissen ist die Einführung einer Stadtbahn grundsätzlich zu begrüßen, sofern bestimmte Nebenbedingungen erfüllt sind...“

„An den Bau einer Stadtbahn hatte unsere Handelskammer folgende Grundvoraussetzungen geknüpft:

1. Die Bundesmittel in der Größenordnung von 50 % müßten für den ersten Streckenabschnitt sichergestellt sein und für künftige Ausbaustrecken grundsätzlich in Aussicht gestellt werden.

2. Die Belange der unmittelbar an der Strecke gelegenen Gewerbebetriebe sowie des allgemeinen Wirtschaftsverkehrs müßten soweit möglich berücksichtigt werden.

3. Die Bürgerschaft und die BSU müßten ebenso entschlossen den Ausbau der S4 nach Ahrensburg und den Ausbau der U4 über die Elbinsel nach Harburg vorantreiben und hierfür die jeweils verfügbaren Bundes- bzw. Bahnmittel beantragen.“

Die Handelskammer hatte die umfangreichen Planfeststellungsunterlagen detailliert geprüft. Dennoch setzt sich die Politik weiter darüber hinweg, als ob bei der Bürgerschaft eine Minderheit die Macht habe. Aber die Mehrheit der Hamburger Abgeordneten ist parteiübergreifend für die Stadtbahn.

Gesamter Artikel: https://www.hk24.de/standort-politik/raum_region_stadt/stadtverkehr/Oeffentlicher_Personenmehverkehr/368728/Stadtbahn.html?sessionid=B50159EF602941DC83F6D91175DF3A16.repl2

Mohnblüten

werden bald verwelken. Gesehen im Pirof-
kamp (Hamburg-Dübenstedt) Photo: Helzel



Elektro-Rad von Aldi: Test



Viele fragen sich, ob man den billigen Fahrrädern der Discounter trauen kann, besonders den Elektro-Fahrrädern (Bedelecs). Sie kosten nur die Hälfte der Markenräder, aber sind sie deswegen schlechter?

Nun haben der ADAC und die Stiftung Warentest 16 teure E-Räder geprüft. Dabei waren 9 mangelhaft, nicht immer die teuersten die besten.

Die billigen Discount-Räder wurden aber nicht geprüft. Der Herausgeber hat jedoch vor fünf Jahren selbst eins von Aldi gekauft und wird daher im folgenden von seinen Erfahrungen berichten. Es handelt sich um das „Elektrofahrrad City-Star“ der Firma SI-Zweirad-Service (Prophete), Abb. oben mit G. Helzel.

Bedelecs sind führungsschein- und versicherungsfrei. Bis jetzt hat das Rad mit kleinen Reparaturen gut durchgehalten. Gewicht mit Akku 29,5 kg, mit Vorderradmotor 240 W, Lithium-Ionen-Akkumulator 24 V 10 Ah. Voll aufgeladen, mit voll aufgepumpten Reifen und normalem Mittreten reicht der neue Akku für 30 bis 40 km, einen Ersatzakku gibt es für 200 Euro. Bei 22,5 km/h schaltet bei mir der Motor ab, dann kann man aber durch Treten noch schneller fahren.

Es waren kleinere Reparaturen nötig, die der Kundendienst mit seinem Service-Wagen kostenlos durchführte. Für den geringen Preis von 699 Euro (die Hälfte von Marken-Bedelecs) ist das Rad durchaus zu empfehlen, falls man Kleinigkeiten selbst einstellen kann. Zwar ist die Akku-Leistung nach ½ Jahr um ¼ geringer, sinkt nach 5 Jahren auf 40 % Leistung, dafür kosten teurere Akkus der Markenräder auch das Dreifache. Bemerkenswert sind auch die sehr geringen Stromkosten von Bedelecs von 20 bis 40 Cent/100 km.

Wer noch nie ein E-Rad gefahren hat, wird staunen, wieviel Freude es bereitet. Man beschleunigt leicht, merkt Gegenwind und Steigungen kaum. Kurierfahrer gucken neidisch. Weinlich nur, als ich einmal das Ladegerät vergaß und der Akku leer war. Zu den älteren Damen, die mich da grinsend überholten, sagte ich zerknirsch: „Entschuldigung, sonst bin ich viel schneller!“

Hamburger Komponisten:
DVD Brahms 2. Kl.konz./ Rüter, 3.Sy. je 15,90
Walter Niemann: 4 CDs u. ca. 30 weitere CDs!
Bei allen Musikaliengeschäften u. beim Herausgeber
Weltnetz: www.romana-hamburg.de/cds.htm

SPD: Mehrheit wankt, S. 4

Busse sind zu voll!



Zusammen-
gepfercht
wie die Heringe:

HHA = „Hamburger Herings-AG“?

Manche Hochbahn-Busse sind zu voll, wie man hört. Wir probieren das mal aus und nehmen den Metrobus 20. An der Haltestelle Goebenstraße will ich einsteigen, Richtung Altona. Der lange Gelenkbus kommt. Es ist fast kein Einsteigen mehr möglich, so dichtgedrängt stehen die Leute an den Eingängen. Ich quetsche mich in den hinteren Eingang, der vordere ist verstopft. Die Fahrgäste, die keinen Sitzplatz haben, müssen wie die Heringe dichtgedrängt stehen. Ja, „HHA“: „Hamburger Herings-AG.“ Was man da erleben kann, wenn man an gewissen empfindlichen Stellen eingeklemmt wird und nicht weg kann, außer, daß man noch mehr angedrückt würde! Macht aber nicht immer Freude!

Erst bei der Haltestelle Holstenstraße wird der Bus wieder leerer, obwohl neue Fahrgäste mitfahren wollen (Abb. oben). Nun erhält jeder einen Sitzplatz — siehe die Abbildung unten. Aber das auch nur, weil direkt vor unserem Bus ein anderer mit gleichem Ziel fährt, der die meisten Fahrgäste aufgenommen hat. Doch auch wenn nun alle sitzen können, bequem ist die Fahrt nicht: Das ärgerliche Schaukeln und Rütteln gibt kein bequemes Fahrgefühl. Früher fuhr hier die Straßenbahn, und das war viel bequemer. Wir würden uns so sehr wünschen, daß die Strecke endlich von einer leisen und sanft fahrenden Stadtbahn bedient würde!



EU: Druck wegen schlechter Luft!

Die Hamburger wundern sich, daß die Behörden so wenig für die Verbesserung der Luft in Hamburg tun. Das führte dazu, daß Deutschland und Hamburg wegen schlechter Luft nun ein Verfahren der EU droht, das zu millionenschweren Strafzahlungen führen kann.

Zudem kann die Stadt jetzt leichter auf Einführung von Maßnahmen verklagt werden, die zu einer schnellen Reduzierung der Luftbelastung führen. Nach einer Schätzung des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) sind 220.000 Hamburger vor allem innerhalb des Rings 2 betroffen. Sie müssen übermäßig mit Stickoxiden belastete Luft atmen.

Brüssel läßt keinen Aufschub zu.

Zwar hatten die Hamburger Behörden für Gegenmaßnahmen mehr Zeit beantragt, doch Brüssel lehnt das jetzt ab. Vielleicht hatte man im Rathaus auf eine andere Entscheidung gehofft. Wirklich daran geglaubt, daß die EU noch einmal beide Augen zudrückt, hatte SPD-Bürgermeister Olaf Scholz aber wohl nicht. Seit Jahren verletzt Hamburg die 2010 von Brüssel vorgegebenen Grenzwerte bei den Stickoxiden. Der Versuch, sich in Europa noch einmal eine Fristverlängerung zu holen, ist nun von der EU-Kommission abgelehnt worden — für Hamburg wie für mehr als 30 andere Gebiete in Deutschland und zahlreiche europäische Städte.

Auch der Ende 2012 an die EU geschickte Hamburger Luftreinhalteplan hat daran nichts mehr ändern können, zumal dieser noch nicht einmal durch die Bürgererschaft beschlossen wurde, sondern vom Scholz-Senat lediglich als Entwurf nach Brüssel geschickt wurde. Diese Tatsache kam aber nicht gut an. Nun droht Deutschland und Hamburg ein Verfahren der EU, das zu millionenschweren Strafzahlungen führen kann.

BUND: „verdiente Quittung“

„Die Kommissionsentscheidung ist die verdiente Quittung für die völlig verfehlte Luftreinhaltepolitik der zuständigen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“, sagt BUND-Landesgeschäftsführer Manfred Braasch. Verantwortlich seien sowohl Umweltministerin Jutta Blankau als auch Wirtschaftssenator Frank Gorch und Bürgermeister Olaf Scholz.

Dieser habe mit seinem Veto gegen eine Umweltzone, eine Citymaut und die Umsetzung der Pläne für eine Stadtbahn „eine wirksame Luftreinhaltepolitik persönlich behindert“. Neben einer deutlich schnelleren Planung für weitere Landstromanschlüsse für Kreuzfahrtschiffe müsse der „Verkehr als Hauptverursacher kurzfristig reduziert werden“, so Braasch. Der BUND prüfe nun die Möglichkeit, die Stadt per Gerichtsverfahren zu raschen Maßnahmen gegen die gesundheitsschädliche Luftverschmutzung zu zwingen. Hamburg habe genug Zeit gehabt, etwas zu tun. „Jetzt ist Schluß mit lustig“, sagt Braasch.

Grüne vermissen Stadtbahn, Umweltzone, Citymaut, Parkraumbewirtschaftung und Landstrom

So ähnlich äußerte sich Grünen-Fraktionschef Jens Kerstan. „Jetzt geht den Kennern im Senat allmählich die Luft aus. Bisher hat Olaf Scholz nur erklärt, was mit ihm alles nicht geht: Stadtbahn, Umweltzone, Citymaut, Parkraumbewirtschaftung,

Landstrom in der Hafencity“, sagte er. „Daß Hamburg die Anforderungen der EU so nicht einhalten kann, war absehbar. Trotzdem hat Senatorin Blankau das Problem verschlafen — und das trotz drohender Millionenstrafzahlungen.“ Die EU-Kommission habe den Hamburger Luftreinhalteplan für mangelhaft erklärt, noch bevor er überhaupt beschlossen worden sei. „Der Bürgermeister und seine Umweltministerin müssen jetzt sagen, ob und wie sie die Gesundheit der Hamburger schützen wollen.“

CDU: Größter Fehler ist das Aus für die Stadtbahn.

Auch für die CDU-Umweltpolitikerin Birgit Stöver kommt die EU-Entscheidung „nicht unerwartet“. In der Begründung sei deutlich geworden, daß Hamburg mit dem erst zum Jahresende 2012 eingereichten Luftreinhalteplan „als Letzter seine Hausaufgaben abgeliefert hat und dann auch noch nur im Entwurfsstadium“. Der Senat habe es versäumt, „die offensichtlichen Verursacher im Schiffsverkehr wirkungsvoll mit Maßnahmen zu belegen“.

Der größte Fehler des SPD-Senats im Straßenverkehr sei, daß er sich von der Stadtbahn komplett verabschiedet habe. „Dieses Verkehrsmittel hätte den Vorteil gebracht, in kurzer Zeit eine maximale Menge Personen zu transportieren. Als Alternative jetzt das Busbeschleunigungsprogramm am falschen Hebel an“, so Stöver.

Senat: andere haben gleiche Probleme

Zwar verweisen der Senat und die regierende SPD darauf, daß nicht nur Hamburg, sondern eine Vielzahl von deutschen und europäischen Gebieten von der Entscheidung der EU betroffen sei. „Das ist ein Problem, das neben Hamburg viele Städte haben — auch Städte, die Stadtbahnen und Umweltzonen haben oder eine Citymaut fassieren“, sagte Senatssprecher Christoph Holstein. „Hamburg hat aber eine konkrete Perspektive, die Grenzwerte künftig einzuhalten — durch die Umstellung auf elektrischen Antrieb, durch die Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs oder hochmoderne Busse.“ Man müsse „moderne Technik nutzen und in die Entwicklung moderner Technik investieren, vor allem beim Verkehr“. Dann könne Hamburg bis Ende des Jahrzehnts die Grenzwerte einhalten.

Ähnlich äußerte sich SPD-Umweltpolitikerin Monika Schaal. Hamburg könne das Problem nicht alleine lösen. Wenn die EU diese Maßstäbe anlege, müsse sie auch mit ihren Mitteln dafür sorgen, daß nur noch sparsame Motoren in Europa zum Einsatz kämen, so Schaal. Der SPD-Senat tue bereits viel, etwa durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

Neue Untersuchungen: Bus reicht nicht

Dabei zeigen neue Untersuchungen und Vergleiche mit anderen Städten aber auch, daß die versprochenen Elektrobusse nicht so gut ankämen wie eine Stadtbahn. Und daß die Elektrobusse auch viel Geld kosten würden, obwohl doch die Stadtbahn extra mit dem Argument, es fehle das Geld dafür, abgelehnt wurde, das wird noch nicht laut gesagt. Jedenfalls will ich nicht auf einer Schiffschaukel durch Hamburg futschiert werden, sondern bequem über Schienen gleiten. Und die Linie 5 nach Niendorf ist sowieso für einen Bus zu stark frequentiert.

Streit über Hamburger Ehrenbürger Wehner



Herbert Wehner

Photo: Lothar Schaaf

Auf Betreiben besonders des Hamburger Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi hatte der bekannte SPD-Politiker Herbert Wehner (1906 — 1990) im Jahre 1986 die Hamburger Ehrenbürgererschaft erhalten. Es sollte der Dank Hamburgs sein für alles, was er für seine Partei und das Land getan hatte, so hieß es damals. Weitere Ehrungen folgten, so 1973, wo er das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhielt, und die Benennung von Straßen und Plätzen nach ihm erfolgte. In seiner Geburtsstadt Dresden wurde sogar ein Denkmal für ihn errichtet, und er erhielt den Titel Dr. h. c.

Umso ungeheurer ist der Vorwurf, den sein Parteigenosse Egon Bahr jetzt in einem Interview im „Zeit-Magazin“ erhebt. Er nennt ihn nunmehr — nach langem gemeinsam begangenen politischem Weg — einen Verräter!



Egon Bahr

Photo: Lesefreies

Wen oder was hat Herbert Wehner verraten? Bahrs Antwort lautet — kurzgefaßt: Wehner hat Willy Brandt und seine Politik verraten, die doch 1971 mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde. Egon Bahr beschimpfte ihn Kuchlosigkeit und einen Abgrund an Heuchelei, auch wegen Verbindungen zur SED und zu russischen Kommunisten. Er beschuldigt Wehner der politischen Komplizenschaft mit dem SED-Chef und DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. Beide, persönlich seit gemeinsamen Jahren in der SPD befreundet, hätten den Status quo in Mitteleuropa zementieren, Brandt aber habe ihn überwinden wollen: „In ihren Konzepten waren Brandt und Wehner Feinde“, sagt Bahr dazu.

Anfang 1937 wurde Herbert Wehner, alias Kurt Junk, aus dem Untergrund nach Moskau beordert. Er bezog Quartier im Emigranten-Hotel „Lux“, aus dem viele deutsche Exil-Kommunisten verschwanden. Sie fielen Stalins „Säuberungen“ zum Opfer. Wehner hat, das ist inzwischen nachweisbar, Stalins Geheimpolizei NKWD Material über Genossen geliefert, wohl um das eigene Leben zu retten.

Das hat der Hamburger Historiker Reinhard Müller in einer akribischen Untersuchung in einem Buch über Herbert Wehners Jahre in Moskau der Stalin-Zeit vorgelegt: „Herbert Wehner — Moskau 1937“. Darin kommt er zu dem Schluß, daß Informationen Wehners zur Ermordung deutscher Kommunisten durch Stalins Geheimpolizei zumindest beigetragen haben.

Wehner war so unstritten wie kein ande-

Harburger Anzeigen und Nachrichten werden eingestellt

Die beliebte Harburger Lokalzeitung „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ (HAN) wird im Herbst zum letzten Mal erscheinen.

„Mit der Ausgabe des 30. September wird die Zeitung eingestellt“, sagte der Geschäftsführer der Lüthmanndruck Harburger Zeitungs-Gesellschaft mbH & Co KG, Thorsten Römer, am Freitag. Der bedauerliche Schritt sei unter betriebswirtschaftlichen Aspekten unumgänglich und alternativlos, sagte Römer.

„Wir haben in Harburg eine stark rückläufige Auflage, deutlich stärker als im Branchenschnitt, und auch im Anzeigengeschäft haben wir eine überproportionale negative Entwicklung schon über die letzten Jahre gehabt“, sagte Römer.

Die tägliche Auflage der Lokalzeitung für die südlichen Hamburger Stadtteile sowie den niederländischen Landkreis Harburg lag zuletzt bei weniger als 13.000 Exemplaren; damit hat sie innerhalb von zehn Jahren fast 8600 Exemplare Auflage verloren.

„Mit der HAN stirbt ein Traditionsblatt, wieder wird die Hamburger Presselandschaft eintöniger“, sagte die Hamburger DVW-Vorsitzende Marina Friedt. Die Zeitung erscheint seit fast 170 Jahren. Dem Herausgeber der „Hamburger Nachrichten“ hatte die freundliche Redaktion oft gut geholfen, durch Abdrucke seiner Harburger Straßenbahn-Gemälde. Die Titelschrift „halbfette enge Sansafraktur“ (oben) hat er digitalisiert.

Kirche in Fuhsbüttel: Pastor ging



Unsere Kirche hat manchmal Ärger. So auch die Gemeinde St. Lucas in Fuhsbüttel (Abb.). Ein neu eingestellter Pastor, Michael Kempges, hat plötzlich die Gemeinde verlassen. Ursache: Meinungsverschiedenheiten zwischen der Gemeindeleitung und dem Pastor. Ein Schlichter wurde gefunden, der ehemalige Langenhorner Zachäus-Pastor Ralf L. Brinmann. Unter seiner unparteiischen Leitung soll der Konflikt in

Hamburger Schilleroper gerettet



Die Schilleroper Photo: Georg HS

Ein typisches Alt-Hamburger Baudenkmal wird erhalten werden: Nach einem langen Rechtsstreit hat das Oberverwaltungsgericht das historisch einmalige Gebäude unter Denkmalschutz gestellt. Hamburgs Kulturkennerin Barbara Kiffeler will den 120 Jahre alten Zirkusbau erhalten.

Sie sagte: „Es freut mich, daß das Oberverwaltungsgericht unsere Einschätzung zur Unterschutzstellung der Schilleroper geteilt hat. Mit dem Urteil ist der Weg frei, diesen letzten erhaltenen Zirkusbau aus dem 19. Jahrhundert in Deutschland zu erhalten. Nachdem der Denkmalstatus gerichtlich geklärt ist, streben wir nun mit dem Eigentümer eine einvernehmliche Lösung zum Erhalt der Schilleroper an.“

Der „Schilleroper“ genannte Rundbau steht in der Nähe des Pferdemarktes und verrottet dort seit fast 20 Jahren. In dem Stahlskelettbau aus dem 19. Jahrhundert waren ein Zirkus, ein Theater, ein Hotel und Restaurants untergebracht. In dem berühmten Bau trat Hans Albers zum ersten Male auf.

Arbeitsgruppen aufgearbeitet werden.

Es ging, wie wir erfuhren, 1) um den Umgang und die Atmosphäre in der Gemeinde,

2) um das Erscheinungsbild und die Aufteilung der Gestaltung zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Ämtern.

Darüber hatte sich der Kirchenvorstand mit dem Pfarrer zerstritten. Diesmal waren aber die meisten aktiven Gemeindeglieder für den Pastor, den man somit gerne behalten hätte.

Mit den früheren Pastoren hatte der Herausgeber stets gute Kontakte. Es ging soweit, daß wir sogar mal anrufen durften, wenn wir eine theologische Frage hatten. So hatte ich mich, als der Pastor die Stelle übernahm, gleich bei ihm angemeldet, wobei er mich aber auf den Mai vertröstete, damit er sich erstmal einarbeiten könne. Als ich dann aber anrief, kam nur seine Stimme vom Band: „Das Pfarramt der Gemeinde St. Lucas in Fuhsbüttel ist in diesen Monaten nicht besetzt...“

Was sagt dazu die Bibel? „Denn es müssen ja Spaltungen unter euch sein, damit die Rechtsschaffenen unter euch offenbar werden.“ (1.Kor 11,19) sowie „Seid allezeit bereit zur Verantwortung vor jedermann, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist, und das mit Sanftmut und Furcht*, und habt ein gutes Gewissen, damit die, die euch verleumden, zuschanden werden, wenn sie euren guten Wandel in Christo schmähnen.“ (1.Petr 3,15)

* cum modestia et timore

= μετὰ πραύτητος καὶ φόβου ...

rer Politiker im Bundestag. Er erhielt am meisten Ordnungsrufe und ließ die frechsten Schimpfworte auf die anderen Politiker los: Den CDU-Abgeordneten Jürgen Wohlrabe titulierte Wehner als „Herr Übelkrähe“, Jürgen Todenhöfer als „Hodentöter“. Dem SPD-Abgeordneten Franz Josef Zebisch, der sich über die in den 1960er Jahren noch übliche alphabetische Sitzverteilung beklagte, empfahl der etwas ordinäre Wehner, sich in „Genosse Urjchloch“ umzubenennen.

Karl Carstens (CDU) nannte ihn den „größten Schimpfbold im ganzen Bundestag“, im März 1980 belegte er Helmut Kohl mit dem von ihm neu erfundenen Schimpfwort „Düffeldoffel“

Ist es richtig, daß Herbert Wehner die Hamburger Ehrenbürgerwürde behält?

Das gab's noch nie: Neubau in Gimsbüttel im alten Stil

Die frühere Architektur kommt wieder: Die Tochter des Konditors Lehfeldt will an der Eichenstraße Häuser im Gründerzeitstil bauen.

Entgegen dem allgemeinen Trend, moderne Häuser simpel und häßlich, ohne Ornamente, dafür mit Glas, Stahl und Beton zu bauen, hat sich Familie Lehfeldt aus Gimsbüttel für ihr neues Gebäude am Schulweg, Ecke Eichenstraße, in Gimsbüttel in gewissem Sinne für den Stil der Gründerzeit entschieden.

Zuerst wurden die alten Gebäude abgerissen. Die Backstube der Konditorei Lehfeldt ist bereits abgerissen, gefolgt vom Ladengeschäft und den übrigen Gebäuden. Ganz behutsam wird dabei vorgegangen. Aus Rücksicht auf die Nachbarn verzichtet die Eigentümerfamilie auf eine Abrißbirne. Ursprünglich waren die Gebäude um 1880 errichtet worden, teilweise aber 1925 komplett überbaut.

Da die Gebäude vollkommen marode waren, sei der Erhalt zu teuer gewesen, sagt die Eigentümerin. Das alte Gründerzeitgebäude an der Eichenstraße 33 hatte die Familie ursprünglich erhalten wollen. Doch weil nur dort die Einfahrt für die von der Behörde vorgeschriebene Tiefgarage genehmigt wird, muß nun auch die alte Villa weichen. Das neue Gebäude in rotem und gelbem Klinker soll sich mit den geplanten Sprossenfenstern und den altbautypischen Vorsprüngen (Risaliten) der Umgebung anpassen. Nur auf Stuck muß die Eigentümerin verzichten, denn das wäre zu teuer geworden. „Wir mögen den Stil der alten Architektur und hätten am liebsten auch noch Stuck an der Fassade, wenn es finanzierbar wäre“, sagt sie.

Mit dem Neubau sollte im April begonnen werden, jedoch war im Juni noch nichts davon zu sehen (Abb.). Der Neubau werde komplett barrierefrei und bekomme eine Tiefgarage mit 26 Stellflächen. Zum Schulweg hin wird das Gebäude sechsgeschossig, zur Eichenstraße etwas niedriger werden.



Hugo Chávez



Photo: Walter Campanato-APR

Hugo Chávez ist tot. Der venezolanische Präsident starb am 5. März nach einem langen Krebsleiden in der Hauptstadt Caracas im Alter von 58 Jahren. Zuvor hatte er seinen Stellvertreter Nicolás Maduro als Wunschnachfolger bezeichnet.

„Wir haben soeben die schwerste und tragischste Information erhalten, die wir unserem Volk ankündigen können“, sagte Maduro. Chávez habe „fast zwei Jahre lang hart gekämpft“, sagte er, den Tränen nahe, mit Blick auf Chávez' schwere Krebserkrankung.

Die Todesnachricht versetzte Tausende Venezolaner in Trauer. Mit seiner Politik der Umverteilung und Verstaatlichung hatte Chávez das ölreiche Land 14 Jahre regiert. Mit seinem Tod verliert die Linke in Südamerika einen ihrer bekanntesten und zugleich umtrittlichsten Wortführer.

Chávez' Politik hatte das Land tief gespalten. Er half den Armen, wofür sie ihn tief verehrten. Auf der anderen Seite führte er Vetterwirtschaft ein, und die Arbeitslosigkeit und Kriminalität stiegen. Auch die Inflation wurde zu einem großen Problem.

Er sah sich wie der Revolutionsheld Simon Bolívar als Kämpfer für die Unterdrückten. Dabei griff er den Imperialismus der USA heftig an. So beschimpfte Chávez den US-Präsidenten George W. Bush in der UN-Vollversammlung als „Teufel“.

SPD-HH: absolute Mehrheit wankt

Die Hamburger SPD muß laut einer Umfrage der Universität Hamburg bei der nächsten Wahl (2014 / 2015) um die absolute Mehrheit bangen.

Wenn die Bürgerschaft am 30. Juni neu gewählt würde, gäben nur noch 43 % der Befragten den Sozialdemokraten ihre Stimmen. Das teilte die Universität Hamburg am 26.6. mit. Das wären rund 5 % weniger als bei der Bürgerschaftswahl 2011, als die SPD auf 48,4 Prozent kam. Die Grünen verdoppeln ihre Stimmen auf 22 %, die CDU bleibt bei 21 %, FDP und Linke bleiben um 5 %, die Piraten bei 6 %.

Kardinal Meisner: mehr Kinder

Frauen sollten in Deutschland dazu ermutigt werden, drei bis vier Kinder zu bekommen und diese zu Hause groß zu ziehen.

Das meint jedenfalls der Kölner Kardinal Joachim Meisner. Eine Mehrheit der deutschen Frauen will das offenbar so nicht, sonst würde unsere Bevölkerung nicht so schnell weniger werden und überaltern. Damit kritisiert der Kirchenmann die Be-

völkerungspolitik der Kanzlerin, die sich für gute Katholiken nicht so ganz genehm darstellen dürfte.

Meisner wirft Angela Merkel in der Bevölkerungspolitik eine falsche Richtung vor. Im Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ verlangt er andere familienpolitische Signale. Frauen müßten demnach „öffentlich ermutigt werden, zu Hause zu bleiben und drei, vier Kinder auf die Welt zu bringen“.

Nur auf Zuwanderung zu setzen, „wie es jetzt Frau Merkel tut“, sei der falsche Weg, sagt der Erzbischof der Zeitung. „Wir können doch den Portugiesen und den Spaniern nicht die Jugend und damit die Zukunft ihres Landes wegnehmen, nur aus Egoismus.“

Meisner beklagte einen Trend, „die Frauen aus den Familien heraus“ zu holen, um ihre Arbeitskraft für die Produktion zu sichern. Die Entwicklung erinnere ihn an sein Leben in der DDR. Meisner: „Ich habe ja die ganze einseitige Tragik mitgemacht in der DDR. Dort hat man den Frauen eingeredet, wer wegen der Familie zu Hause bleibe, sei dement.“

Die Problematik ist: Es gibt zu wenig Nachwuchs und damit zu wenig junge Leute, die die Alten ersetzen können. Daher werden die nachfolgenden Generationen viel stärkere Probleme mit der Bevölkerungspolitik haben, als man heute öffentlich äußern darf. Unsere Nachfahren werden vielleicht einst sagen: „Die haben früher viel zu egoistisch und sorglos gelebt und nicht auf zukünftige Generationen geachtet.“ Es ist zwar positiv, wenn z. B. die Grünen sich gegen die Gefahren der Atomenergie und sonstige Umweltschäden wenden, aber falsch, wenn sie die eigenen Kinder dabei nicht auch im Auge behalten. Denn die große Einsamkeit, sowohl der Alten, als auch der jungen Menschen, die aus der heutigen geringen Kinderzahl für künftige Generationen hervorgehen wird, ist auch eine Art von Umweltproblem, wenn es auch nicht nur körperlich schaden wird, sondern auch in Bezug auf seelische Vorgänge bedrückender als manche Umweltkatastrophe wirken wird.

Wenn dasselbe, was Meisner gesagt hat, auch rechte Kreise sagen: Das macht nichts, es stimmt wenigstens in Bezug auf die Kinderzahl, die heute zu gering ist.

Kardinal Meisner will sich nach seinem 80. Geburtstag am ersten Weihnachtstag zurückziehen. Mit 80 Jahren verlieren Kardinäle automatisch ihr aktives Wahlrecht im Konklave und ihre Kurienämter.

Joachim Kardinal Meisner

Gemälde von Gemos (Wikipedia)



Ganz zwanglos unter Druck

von Michael Arends

Am 15. April berichtete die SZ, welche Regeln CDU/CSU-Abgeordnete beachten müssen, wenn sie im Bundestag abweichend von einem Fraktionsbeschluss abstimmen wollen. „In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gibt es keinen Fraktionszwang. Die Abstimmung ist frei.“ Allerdings müssen die Abgeordneten, eine „von der Fraktionsmehrheit abweichende Abstimmungsabsicht dem Vorsitzenden, dem 1. Parlamentarischen Geschäftsführer oder der Fraktionsversammlung bis zum Vortag der Abstimmung, 17.00 Uhr“ mitteilen.

Rituelle Beschneidung von Buben

BVG lehnt Beschwerde ab

von Michael Arends

Hermann Auer aus Haag in Oberbayern hatte in einem Leserbrief eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht wegen des Gesetzes zum Erlauben von rituellen Beschneidungen angekündigt. Am 5. April dieses Jahres schrieb er folgendes Rundschreiben:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

In Beantwortung zu Ihrem Schreiben vom 02.01.13 zu meinem Leserbrief im DVV vom 30.12.12 und meiner Beschwerde beim Bundesverfassungsbericht, teile ich Ihnen mit, daß die Verfassungsbeschwerde nach Entscheidung des Ersten Senats durch den Vizepräsidenten Kirchhof und zwei Beisitzern nicht zur Entscheidung angenommen wird. Eine Begründung hierzu wird nicht abgegeben, außerdem ist diese Entscheidung nicht anfechtbar.

Nicht anders habe ich es erwartet. Für die Überfendung Ihrer Unterlagen danke ich Ihnen herzlich und verbleibe mit freundlichen Grüßen H. Auer.“

Leserbriefe

Israelis: Feige Angsthafener?

Zuerst bombardieren die Israelis Syrien und Damaskus. Nun aber, da Syrien defensive Flugabwehr-Raketen von Rußland bekommt, ziehen sie feige, wie ein getretener Rüter, den Schwanz ein und rufen den großen „Freund“ Amerika zur Hilfe. Da die USA nicht mehr demokratisch, sondern diktatorisch von der Industrie und den Lobbys regiert wird, was sich besonders in der Außenpolitik, die von den vielen israelorientierten Lobbys, allen voran der omnipotenten Aipac und der jüdischen Wallstreet dominiert ist, bemerkbar macht, ergreifen die „Staaten“ Position für Israel.

In ähnlicher Weise wünschen sich die Israelis einen Angriffskrieg gegen den Iran, wegen seiner Atomindustrie, und versuchen dabei ihre vielen eigenen Atombomben zu verheimlichen, die der „Nochnicht“-Außenminister Liebermann damals bei der Bombardierung des Gaza-Ghettos eingesetzt sehen wollte. Dafür aber starteten sie zusammen mit dem amerikanischen Geheimdienst einen Cyber-Angriff auf die Zentrifugen der iranischen Atomwirtschaft. Einen Gegenschlag mit Trojanern und anderer Malware wollen sie dann als Kriegsgrund betrachten. Wir haben es also bei den Amerikanern und den Israelis mit den Anfangsstrukturen einer Sklavenhaltermentalität zu tun.

Raimund Vorbeck, Göttingen



So sollte die Stadtbahn Wiesbaden aussehen: Photomontage des Arbeitskreises „Stadtplanung, Umwelt und Verkehr“ der Grünen

VCD: Schlehtreden der Stadtbahn Wiesbaden

Kassel, 29. Mai 2013. Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) in Hessen sieht in der Ablehnung der Stadtbahn Wiesbaden durch Landesverkehrsminister Florian Kentisch (FDP) „eine Symptom für Desinteresse der Landesregierung am Schienenverkehr“.

Wiesbadener Rathausparteien geschöckelt

Alle Parteien in Wiesbaden außer der FDP waren geschöckelt: Kaum waren beinahe alle für eine Stadtbahn und schienen alle Widerstände beseitigt zu sein, da griff Hessens Verkehrsminister ein und kündigte an, daß er keine Zuschüsse für die Stadtbahn bewilligen wolle. Da die FDP in Wiesbaden die Stadtbahn verhindern will, aber damit gegen die Mehrzahl der Ratsmitglieder nicht durchkam, so hat der FDP-Verkehrsminister offenbar seinem Parteigenossen Schützenhilfe gegen den Rest der Wiesbadener Parteien gegeben, wie dem Minister besonders von den Grünen und der SPD, welche im Wiesbadener Rathaus mit der CDU eine große Koalition eingegangen ist, vorgeworfen wird. Außerdem behauptet der Minister, Wiesbaden habe mit dem Ministerium keine Verbindung gesucht, und der Bau der Stadtbahn würde sowieso nicht bis zum Auslaufen der Förderung 2019 fertigwerden.

Bedenken nicht nachvollziehbar

Der VCD kann die vorgebrachten wirtschaftlichen Bedenken nicht nachvollziehen. Andreas Henning, Landesvorstandsmitglied aus Wiesbaden: „Für eine Stadt dieser Größe ist es schon ungewöhnlich, keinen städtischen Schienenverkehr zu haben.“

Kleinere Städte wie Saarbrücken haben die Stadtbahn mit großem Erfolg wieder eingeführt, in Schwerin ist die Tram eine Selbstverständlichkeit, selbst Orte wie Nordhausen wollen aus guten Gründen nicht darauf verzichten. Gleichzeitig erstickt Wiesbaden im Autoverkehr! „Bleibe es dabei, käme es zu der Situation, daß die Bahnstrecke Wiesbaden—Bad Schwalbach—Diez nur im ländlichen rheinland-pfälzischen Abschnitt wiedereröffnet werde, im hessischen Ballungsgebiet jedoch ungenutzt bleibe.“

Derzeit kommen verschiedene Nahverkehrs- und Bahnprojekte in Hessen nicht ausreichend voran. Ein Beispiel ist die „Regio-

naltangente West“ von Bad Homburg nach Neu-Isenburg, die durch mehrere Landkreise führt, aber vom Land als rein kommunales Projekt betrachtet wird. Die Finanzierung der nordmainischen S-Bahn ist weiter umstritten. Ein bereits begonnenes Planfeststellungsverfahren für den ersten Abschnitt der Neubaustrecke Frankfurt—Mannheim ruht.

Der VCD kritisiert, daß die Landesregierung kein eigenes Geld für Nahverkehrsprojekte ausgibt. Henning: „Das Land rühmt sich, Refordinvestitionen in den Straßenbau zu stecken. Für Bus und Bahn werden nur die Bundesmittel weitergereicht und kommunale Mittel aus dem Finanzausgleich entnommen.“

Schienenprojekte in Hessen vernachlässigt

Der ökologische Verkehrsclub wünscht sich zudem mehr Einfluß des Landes gegenüber Bahn und Bund. Henning: „Wir beobachten, daß sich Hessen weniger erfolgreich für den Ausbau der Bahn engagiert als einige Nachbarbundesländer. Das gilt übrigens unabhängig von den dortigen Regierungsparteien.“ So werden in Niedersachsen vor und nach dem Regierungswechsel die Bahnstrecken Hamburg—Lüneburg, Uelzen—Salzwedel und Oldenburg—Wilhelmshaven ausgebaut, die Verbindung Hildesheim—Braunschweig wurde im letzten Dezember fertiggestellt.

„Und wenn es so weiter geht, wird in Thüringen Eisenach—Erfurt für 200 km/h freigegeben, bevor auf der deutlich stärker befahrenen Strecke Frankfurt—Jüdisch auch nur baureife Pläne vorliegen“ befürchtet Henning. Auch der westliche Abschnitt der „Mitte-Deutschland-Verbindung“ zwischen dem Ruhrgebiet und Kassel ist weitlich der Landesgrenze deutlich besser ausgebaut als in Hessen.

SPD: „Paradebeispiel für schlechten Stil“

Als „Paradebeispiel für schlechten Stil“ hat der verkehrspolitische Sprecher der hessischen SPD-Landtagsfraktion, Uwe Frankenberger, die Vorgehensweise des für die Förderung von Infrastrukturprojekten zuständigen Landesministers Florian Kentisch bezeichnet. Dieser hatte die Entscheidung seines Ministeriums, die vom Wiesbadener Stadtparlament mit breiter Mehrheit befürwortete Stadtbahn seitens des Landes nicht fördern zu wollen, dem Wiesbadener Magistrat ohne vorherige persönliche Kontaktaufnahme in einem schlichten Fax mitgeteilt. „Das ist schlechter Stil und eines Ministers nicht würdig. Des Weiteren zeigt Herr Kentisch mit dieser Entscheidung ein fragwürdiges Amtsverständnis, wenn er ganz offensichtlich nun auf diesem Weg versucht, ein Projekt, das er als Wiesbadener FDP-Kreisvorsitzender auf kommunaler Ebene nicht verhindern konnte, nun als Landesminister mit fadenscheinigen Argumenten verhindern will“, sagte Frankenberger am Mittwoch in Wiesbaden.

„Die Wiesbadener Stadtbahn ist ein zentrales kommunales Verkehrsprojekt, das zudem von einer großen Mehrheit des gewählten Stadtparlamentes befürwortet wird. Es ist damit zu wichtig für Wiesbaden, um von einem FDP-Kreisvorsitzenden und Landesminister Kentisch als Objekt einer unnötigen Machtdemonstration mißbraucht zu werden“, so der SPD-Verkehrsexperte.

Campusbahn Nachen scheitert bei Bürgerentscheid

Aus für die Stadtbahn Nachen: Bei einer Volksabstimmung sprach sich die Mehrheit dagegen aus.

In Nachen wurde seit 2009 ein ehrgeiziges Stadtbahnprojekt entwickelt: die „Campusbahn“. Sie sollte das Stadtzentrum mit dem Campus der Technischen Hochschule verbinden. Bis zu 40.000 Personen sollte sie pro Tag befördern. Das Projekt ist am Sonntag, den 10.3., in einem Bürgerentscheid gescheitert: Zwei Drittel stimmten dagegen.

Nur ein einziger der 94 Stimmbezirke brachte ein positives Ergebnis für die Bahn! Das Gesamtergebnis nach Auszählung aller 94 Stimmbezirke: 33,66 Prozent sagten Ja, 66,34 Prozent Nein.

Allerdings stimmten auch nur 43,03 Prozent der wahlberechtigten Nacher ab, das heißt eventuell konnte eine Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufzwingen!

In einer ersten Reaktion zeigte sich Nachens Oberbürgermeister Marcel Philipp zwar enttäuscht, aber nicht übermäßig überrascht: „Persönlich nehme ich die Niederlage nicht.“ Und doch sei die Entscheidung aus seiner Sicht zu beklagen. Interessanter Aspekt: Der Bau der Bahn war im Stadtrat von CDU, Grünen, SPD, Linke und UWG mit überwältigender Mehrheit verabschiedet worden. Das Ziel: Bürgerentscheid gewinnen — und dann hätte im Jahr 2019 die Campusbahn durch die Kaiserstadt rollen sollen.

Das ist nun vorbei. Der Sprecher der Bürgerinitiative „Campusbahn = Größenwahn“, Maximilian Slawinski, empfindet das Ergebnis als Bestätigung für die Arbeit gegen das Projekt: „Ich bin froh, daß wir offensichtlich alles richtig gemacht haben. Die Bürger haben gewonnen und eindrucksvoll belegt, daß der Rat in seiner Entscheidung für die Bahn danebenlag.“

Oberbürgermeister Philipp hat nach eigenen Worten nicht gefallen, daß die Gegner der Bahn immer das Wort Größenwahn betont hätten: „Leute, die dieses Projekt befürworten, sind nicht größenwahnsinnig.“ Vielmehr sagt er nach wie vor, daß die Bahn eine elegante Lösung für den Nacher SPD-Wahlkreis dargestellt hätte und daß nun andere Lösungen gefunden werden müßten, die sicherlich auch erhebliche Kosten zur Folge hätten.

Schließlich sind Nachen und Münster wohl die größten Städte Deutschlands ohne Straßen- oder U-Bahn.

Nach den nun vorliegenden vorsichtigen Abschätzungen, die man nach der gescheiterten Volksabstimmung durchnimmt, wäre nun das Paradoxon möglich, daß für die nun neu anzuschaffenden Omnibusse das selbe Geld auszugeben wäre wie für die schnellere und umweltfreundliche Stadtbahn. Im Juli wird man weitersehen.

Abb.: Triebwagen der Nacher Straßenbahn (eingestellt 3.2.1974) vor den Anlagen der Nacher Straßenbahn- und Elektrizitäts-AG (NESA). Photo: Norbert Schnitzler



Straßburger Neueste Nachrichten Deutsche Zeitung im Elsaß eingestellt



Eine Institution wurde eingestellt: die deutschsprachige Ausgabe der Elsäßer Tageszeitung „Dernières Nouvelles d'Alsace“. Die deutsche „DNA“ war weit mehr als eine Lokalzeitung. Die Abb. links zeigt die Erstausgabe von 1877. Sie stand für die

Ausöhnung zwischen Deutschen und Franzosen.

Das Ende kam still und heimlich. Ohne Erklärung, einfach so. Die gedruckte Ausgabe erscheint seit kurzem nur noch auf Französisch mit einer Auflage von 180.000 Exemplaren.

Die 20.000 Abonnenten des vorher zweisprachigen Blattes bekommen nun eine Art zweisprachiges Magazin ins Haus geliefert, ohne Lokalnachrichten, produziert von einer externen Redaktion. Das ist billiger, die kleine deutsche Redaktion samt Übersetzer ist entlassen worden. Eine Alternative gab es kaum. Zweisprachige Zeitungen zu produzieren, ist deutlich teurer als Blätter, die eine Sprache „sprechen“. Vor allem, weil zweimal gedruckt werden muß, jeweils komplett in einer Sprache.

Nur auf Deutsch zu erscheinen, hat sich die Redaktion wohl nie getraut. Bis vor kurzem war das sogar strafbar, auch heute wird das bestenfalls geduldet. An eine finanzielle Förderung für Medien fremdsprachiger Minderheiten, wie es in anderen EU-Ländern üblich ist, war sowieso nicht zu denken. So blieben auch in der deutschen Ausgabe die Sportseiten, die Jugendseiten und die Traueranzeigen stets französisch, offenbar, um die gesamte Leserschaft mehr und mehr auf französisch zu trimmen und die Jugend nicht zu Deutschland hinzuführen.

Frankreich erkennt seine Minderheiten offiziell nämlich nicht an. Deshalb hat die Pariser Zentralregierung auch bis heute nicht die Europäische Minderheitencharta sowie die Europäische Charta der Regionalsprachen ratifiziert. In Ostfrankreich versuchen staatliche Stellen auch mit verschiedensten Mitteln zu verhindern, daß die über 1 Mio. deutschsprachigen Elsäßer rein muttersprachliche Medien publizieren. Bis vor kurzem war dies sogar noch bei Strafe verboten. Insbesondere Sport- und Jugendnachrichten sollen nicht auf Deutsch erscheinen.

Als deutschsprachige Minderheit ohne offiziellen Status ist die Situation der Elsäßer mit denen der Deutschen im dänischen Südschleswig oder der wenigen Deutschstämmigen in den ehemaligen Ostgebieten des heutigen Polen und Tschechien zu vergleichen. Erst 2007 hatte Frankreichs Präsident Sarkozy versucht, das Deutsche in Ostfrankreich still und heimlich zu beerdigen. Auf Seite 14 eines offiziellen Rundschreibens hieß es damals: „In den Departements Bas-Rhin und Haut-Rhin sowie im Departement Moselle wird mit Wirksamkeit zum 1. Janu-

ar 2008 die Möglichkeit aufgehoben, einem französischen Dokument eine deutsche Übersetzung anzufügen.“ Der Versuch ging schief, Sarkozy mußte sich dem geharnischten Protest auch der französischsprachigen Bevölkerung des Elsaß und Lothringens beugen, die die Identität ihrer Regionen bedroht sahen. Erst Ende März dieses Jahres hat das „Secrétariat de la Coordination Langue Régionale“ zu einer Demonstration für den Erhalt der Regionalsprachen aufgerufen.

Der deutschen Ausgabe der „DNA“ hat das nicht geholfen, bestenfalls ein Verkauf an zahlungskräftigere Verlage hätte sie gerettet. Mitte der 90er-Jahre hatte die WZJ-Gruppe aus dem Ruhrgebiet überlegt, nach Frankreich zu expandieren. Wenig später erkundete Franz Xaver Sirtreiter Interesse, er hat die „Basfauer Neuesten Nachrichten“ zu einem internationalen Blatt gemacht und deshalb auch große Sympathien für das elsässische Blatt. Zwischen ihm und dem damaligen „DNA“-Eigentümer Philippe Herfant soll es sogar schon einen Handschlagvertrag gegeben haben, wird gemunkelt. Die Übernahme scheiterte an der Intervention der französischen Regierung.

Die Zeitung wurde 1877 vom Verleger und Drucker Heinrich Ludwig Kayser aus Bruchmachtersen (heute Stadtteil Salzgitters) als Straßburger Neueste Nachrichten gegründet. Die damals kostenlos verteilte Nullnummer erschien am 17. November, die Erstausgabe am 1. Dezember 1877. Obwohl damals in Straßburg bereits mehrere Tageszeitungen erschienen (Straßburger Zeitung, Straßburger Bote und andere), wurden die Neuesten Nachrichten schnell zu einem großen Erfolg. Das Blatt richtete sich an eine breite Leserschaft und führte als erste Zeitung des Elsaß Kleinanzeigen für Gewerbetreibende und Privatleute ein.

Seit Beginn des Jahres 1878 veröffentlichten die Neuesten Nachrichten täglich die Zahl ihrer Abonnenten innerhalb und außerhalb der Stadt Straßburg, eine für die medienhistorische Forschung wichtige Datenquelle, anhand derer die Ausbreitung der Zeitung präzise nachvollzogen werden kann. Bereits am 8. Dezember 1877 hatten die Neuesten Nachrichten 1000 Abonnenten, 1880 waren es bereits 10.000. Die Stadtbevölkerung nahm die neue Zeitung schneller an als die Bewohner des ländlichen Umlands. Erst nach 16 Monaten, im April 1879, überstieg die Zahl der Abonnenten außerhalb Straßburgs die der Kunden innerhalb der Stadt. Die Bedeutung der Zeitung kam auch im Untertitel zum Ausdruck: General-Anzeiger für Elsaß-Lothringen, die verbreitete Zeitung Süddeutschlands.

Die Zeitung beruft sich seit der Gründung auf die zweisprachige Tradition des Elsaß und gehörte zu den Unterstützern der deutsch-französischen Ausöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Ausdruck dieses grenzüberschreitenden Horizontes war die Existenz einer täglich erscheinenden deutschsprachigen Ausgabe der „DNA“.

Das war durchaus nicht selbstverständlich. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutsch als „Sprache des Erbfeindes“ vollständig von den Schulen verbannt und der Zeitungstitel in das französische „DNA“ geändert. Erst 1972 wurde Deutsch als „Fremdsprache“ wieder an den Schulen eingeführt. Allerdings halberzig, staatliche Stellen haben das Elsässisch weiterhin als bäuerlichen Dialekt ohne Zukunft diskreditiert, Französisch hingegen galt staatlicherseits als schick. Erst in den 70er-Jahren wurde den Elsäßern bewußt, daß sie

mit der eigenen Sprache auch ihre kulturelle und regionale Identität verlieren würden. Von den Grünen bis hin zur Regionalpartei Alsace d'abord („Das Elsaß zuerst“) brachen die Lokalpolitiker eine Lanze für ihre beiden Sprachen. Als die Entscheidung gegen die Zweisprachigkeit im Dezember 2007 angekündigt wurde, beantragten die Abgeordneten der Region eine Vollversammlung des Conseil régional d'Alsace. Ihre Überzeugung: Die Identität der Region beruhe historisch, kulturell und wirtschaftlich in hohem Maße auf der Zweisprachigkeit. Es bildeten sich die ersten Vereinigungen zur Pflege des Elsässischen. Viele Künstler begannen, auf Elsässisch zu schreiben und zu singen.

Heute ist Deutsch als Fremdsprache im Elsaß wieder weit verbreitet. Laut Straßburger Schulamt lernen 90 Prozent der Kinder im Kindergarten oder in der Grundschule Deutsch. In der Sekundarstufe sind es 47 Prozent der Schüler. Das freut nicht jeden. Die ehemalige französische Außenministerin Michèle Alliot-Marie hingegen hält die Anzahl älterer Menschen, die nur Deutsch sprechen, für zu gering, um die lokale Besonderheit zu legitimieren. Ihrer Ansicht nach ist Zweisprachigkeit mehr finanzielle Last als kultureller Gewinn. Schließlich befindet man sich in einer Phase der „nachhaltigen Entwicklung, in der die öffentlichen Ausgaben reduziert werden müßten“.

Die „DNA“ deckt mit 26 Lokalausgaben das gesamte Elsaß ab. Sie erscheint im Verlag France Est Médias und beschäftigt 900 Mitarbeiter, darunter 200 professionelle Journalisten. Chefredakteurin ist Dominique Jung. Im Netz findet man noch einige deutsche Seiten, wobei jedoch viele Themen nur auf französisch behandelt werden:

<http://www.dna.fr/actualite/auf-deutsch>



Der Chef der Zindverwallung im Elsass Robert Wagner:

„Es gibt in Zukunft keine elsässische Frage mehr“

Die „Straßburger Neuesten Nachrichten“ 1940. Sie erschien damals wieder ganz auf deutsch.

Unten: Ein Farbdruck der SN, mit Reichsadler, ca. 1940 (Sakrenkreuz für den Druck entfernt)



Was sagt uns heute Homer?



Der blinde Homer mit seinem Führer
Gemälde von William-Adolphe Bouguereau 1874

Die Werke des großen griechischen Dichters Homer werden immer noch gelesen: die Odyssee und seltener die Ilias. Auch Prominente lesen sie, so wie z. B. der Altkanzler Schmidt. Aber was ist es eigentlich, das uns heute noch an Homer fesselt? Er hat einst in einer Zeit, als es kaum Bücher, keine Zeitung, Radio und Fernsehen gab, ganz anders die Menschen bewegt als heute. In der Antike, als die Hexameter niedergeschrieben wurden, haben sie Sängern vor Publikum in archaischem Altgriechisch auswendig vorgetragen, und die Leute hingen an den Lippen der Sängern.

Dies aber ist heute nicht mehr der Fall, man liest die Verse leise für sich, und meist in seiner Muttersprache und nicht mehr auf Griechisch.

Das Interesse richtet sich dann darauf, wie die alten Griechen früher geglaubt und gelebt haben. Sie glaubten an die Götter, so wie Christen und Mohammedaner heute an einen Gott glauben. Damals waren die Männer im Vorteil, sie hatten die Macht in Staat und Familie, aber in der religiösen Welt, da waren die Göttinnen noch gleichberechtigt mit den Göttern. So konnte Minerva—Athena Männer niederstrecken. Sie ist überhaupt die sympathischste Gestalt in der Odyssee, da sie treue, fromme Menschen unterstützt, schlechte aber vernichtet. Allerdings ist das „Bernichten“ nicht so vollständig wie bei uns, wenn im Fernsehen über Todesopfer berichtet wird; sondern die Toten sind bei Homer nicht eigentlich tot, sondern leben in der Unterwelt weiter, von wo sie Seherinnen Mitteilungen übermitteln können.

Die griechischen Götter sind nie unabhängig, sondern voneinander abhängig. Zeus sagt, die Menschen seien schuld an ihrem Unglück, nicht die Götter, denn sie beachten die Warnungen des Hermes, die er ihnen schickt, nicht (D. 1,32).

Die Götter sind wie übersteigerte Menschen: nicht allmächtig, dem Fatum unterworfen; sie trinken Wein, essen Götterspeise, können lachen, sind aber im Gegensatz zu Menschen unsterblich und ewig glücklich. Götter und Geister hauchen den Menschen Kraft und Mut ein (1,321; 9,381). Sie verstellen sich, ändern ihre Gestalt (vergl. das Alte Testament, wo Gott im Kampf mit Jakob Menschengestalt annimmt). Solche Götter erscheinen uns oft willkürlich, dabei es ist nur Gewohnheit. Dennoch war für sie ihr Glaube oft Tatsache, was viele heute nicht mehr verstehen. Etwas unterscheidet ihn besonders von heute: Es ist nicht eine bloße „Gedächtnisreligion“, sondern aktuelle Vorhersagen, über Orakel erteilt. Sie wurden als höchst wichtig angesehen.

Der Papst zum fehlenden Glauben

von Michael Arends

Wenige Tage nach Ostern zeigte sich Papst Franziskus besorgt über einen schwindenden Glauben an der Auferstehung Christi. Die Auferstehung sei eine historische Tatsache und „Herzstück unseres Glaubens“, den die Christen wiederentdecken sollten. Ähnlich äußerte sich auch Kardinal Reinhard Marx bei seiner Karfreitagspredigt: „Alles in uns widerstrebt dem Gedanken, das Kreuz zu akzeptieren und es anzunehmen.“ Jesu Tod sei „kein Betriebsunfall, der hätte vermieden werden können.“ Ohne das Bekenntnis zum Gekreuzigten gäbe es kein Christentum. Das Problem der Römisch-Katholischen Kirche ist m. E. das starre Festhalten an religiösen Vorstellungen, die in der Antike durch Paulus und später durch Konzilsbeschlüsse festgelegt wurden, z. B. das Apostolische Glaubensbekenntnis. Diese Vorstellungen der Antike entsprechen nicht mehr den heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen und lassen die Erforschung der Historie über die damaligen politischen und gesellschaftlichen Zustände im Römischen Reich außer Betracht. Obwohl man heute genau weiß, daß die Erzählungen über die Geburt und Kindheit von Jesus nicht historisch sind, halten die Kirchen immer noch im Gottesdienst an diesen Legenden fest. Man hat auch erforscht, daß die Evangelien über das Passionsgeschehen ungenau und teilweise sogar widersprüchlich berichten. Unter Theologen ist auch bekannt, daß der Text des Neuen Testaments bezüglich der Himmelfahrt Jesu offenbar aus dogmatischen Gründen verändert wurde. Darin stellt sich die Frage, wie und wann Jesus gestorben ist, in Golgatha bei Jerusalem oder vielleicht erst Jahre später außerhalb von Palästina.

Auf diese Fragen, welche m. E. viele Christen beschäftigen, geben die Kirchen so gut wie gar nicht ein. Hierin liegt die Glaubenskrise, und sie kann nicht durch kleinere organisatorische Veränderungen behoben werden.

Widerprüche in der Bibel

Vieles, was wir in der Bibel lesen, widerspricht sich. Hier eine kleine Auswahl sich sehr stark widersprechender Bibelstellen.

- 1) Wer war früher da, Jesus oder Adam?
 - a) Nach Kolosser 1,15 ist Jesus „das Ebenbild des unsichtbaren Gottes, der Erstgeborene vor aller Schöpfung.“
 - b) Bei 1.Mose 1,27 heißt es: „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Weib.“ Jesus wird gar nicht erwähnt.
- 2) Wer wurde zuerst erschaffen, der Mensch oder die Tiere?
 - a) die Tiere: „Und Gott machte die Tiere des Feldes, ein jedes nach seiner Art, und das Vieh nach seiner Art und alles Gewürm des Erdbodens nach seiner Art. Und Gott sah, daß es gut war. Und Gott sprach: Lasset uns Menschen machen... (1. Mose 1,25—27)
 - b) der Mensch: „Und Gott der HERR sprach: Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei; ich will ihm eine Gehilfin machen, die um ihn sei. Und Gott der HERR machte aus Erde alle die Tiere auf dem Felde und alle die Vögel unter dem Himmel und brachte sie zu dem Menschen, daß er sähe, wie er sie nannte...“ (1. Mose 2,18—19)
- 3) Sollen Kinder für ihre Väter büßen?
 - a) „Denn ich, der HERR, dein Gott, bin ein eifernder Gott, der die Missetat der Väter heim sucht bis ins dritte und vierte Glied an den Kindern derer, die mich hassen...“ (2.Mose 20,5)
 - b) „Denn nur wer sündigt, der soll sterben. Der Sohn soll nicht tragen die Schuld des Vaters, und der Vater soll nicht tragen die Schuld des Sohnes, sondern die Gerechtigkeit des Gerechten soll ihm allein zugute kommen, und die Ungerechtigkeit des Ungerechten soll auf ihm allein liegen.“ (Hesekiel 18,20)
- 4) Wer war der Vater Josephs, des Ehe-manns Marias? Jakob oder Eli?
 - a) „Jakob zeugte Joseph, den Mann der

Maria, von der geboren ist Jesus, der da heißt Christus.“ (Matthäus 1,16)

- b) „Jesus war, als er auftrat, etwa dreißig Jahre alt und wurde gehalten für einen Sohn Josefs, der war ein Sohn Elis...“ (Lk 3,23)
- 5) Wenn Jesus von sich selbst Zeugnis ablegt, ist das dann falsch oder wahr?
 - a) „Wenn ich von mir selbst zeuge, so ist mein Zeugnis nicht wahr.“ (Johannes 5,31)
 - b) „Jesus antwortete und sprach zu ihnen: Auch wenn ich von mir selbst zeuge, ist mein Zeugnis wahr...“ (Johannes 8,14)
- 6) Ist vor Jesu schon jemand gen Himmel gefahren?
 - a) „Und als sie miteinander gingen und redeten, siehe, da kam ein feuriger Wagen mit feurigen Rössen, die schieden die beiden voneinander. Und Elias fuhr im Wetter gen Himmel.“ (2. Könige 2,11)
 - b) „Und niemand ist gen Himmel aufgefahren außer dem, der vom Himmel herabgekommen ist, nämlich der Menschensohn.“ (Joh 3,13) (Vgl. auch die Himmelfahrt des Romulus)
- 7) Führt Gott Menschen in Versuchung?
 - a) „Nach diesen Geschichten versuchte Gott Abraham...“ (1. Mose 22,1)
 - b) „Niemand sage, wenn er versucht wird, daß er von Gott versucht werde. Denn Gott kann nicht versucht werden zum Bösen, und er selbst versucht niemand.“ (Jakobus 1,13)
- 8) Was waren die letzten Worte Jesu am Kreuz?

„Und um die neunte Stunde schrie Jesus laut: ‚Eli, Eli, lama sabachthani‘¹? Das heißt: Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?“ (Matthäus 27,46—50)

„Und Jesus rief laut: ‚Vater, ich werde meinen Geist in deine Hände übergeben!‘ Und als er das gesagt hatte, verschied er.“² (Luk 23,46)

„Als nun Jesus den Essig genommen hatte, sprach er: ‚Es ist vollbracht!‘³ und neigte das Haupt und verschied.“ (Joh 19,30)
- 9) Kann man den biblischen Gott sehen?

„Da stiegen Mose und Aaron, Nadab und Abihu und siebzig von den Ältesten Israels hinauf und sahen den Gott Israels. Unter seinen Füßen war es wie eine Fläche von Saphir und wie der Himmel, wenn es klar ist.“ (2. Mose 24,9)
- 10) Wohnt der biblische Gott im Licht oder in der Dunkelheit?
 - a) „...der da wohnt in einem Licht, zu dem niemand kommen kann, ...“ (1. Tim 6,16)
 - b) „... er hat aber gesagt, er wolle im Dunkel wohnen.“ (1. Kön 8,12; Psalm 18,12; 97,2)
- 11) Will der biblische Gott Tieropfer?
 - a) „Dies sind die Feueropfer, die ihr dem HERRN opfern sollt: einjährige Schafe, die ohne Fehler sind, täglich zwei zum täglichen Brandopfer (holocaustus)... zum lieblichen Duft für den HERRN“ (4.Mose 28,3 ff).

...täglich einen jungen Stier zum Sündopfer schlachten zur Sühnung...“ (2.Mose 29,36)

b) „Ich habe keinen Gefallen an Blut der Stiere, Lämmer und Böcke.“ (Jesaja 1,11)
- 12) Muß man nach dem Tode die Auferstehung abwarten, oder kommt man sofort ins Paradies?
 - a) „Heute noch wirst du mit mir im Paradies sein.“ (Lk 23,43) Vgl. 1. Samuel 28.
 - b) „Wer mein Fleisch isst und trinkt mein Blut, der hat das ewige Leben, und ich werde ihn am jüngsten Tage auferwecken.“ (Joh 6,54)
- 13) Ist Gott schrecklich oder gut?
 - a) „Denn der HERR, euer Gott, ist der Gott aller Götter ... ein großer und mächtiger Gott, und schrecklich...“ (5. Mose 10,17)
 - b) „Aber Jesus sprach zu ihm: Was heißt du mich gut? Niemand ist gut denn Gott allein.“ (Mk 10,18)
- 14) Soll die Taufe auf Vater, Sohn und hl. Geist erfolgen oder nur allein auf Jesum?
 - a) „Taufet sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des hl. Geistes“ (nur Mt 28,19)
 - b) „Sonst nur auf den Namen Jesu Christi (Apg 2,38; 8,16; 10,48; 19,5; 22,16).

Web: <http://www.bibelzitate.de/wsidb.html>

¹ ἤλι, ἤλι, λαμὰ σαβαχθάνι.

² Πάτερ, εἰς χεῖράς σου παραθήσομαι τὴν ψυχὴν μου (commendo: Präsens).³ τετέλεστοι.



Flüssiges Mammut-Blut gefunden

Photo: Maxfilm

Wieder hat eine russische Expedition in Ostsibirien die Überreste eines Mammuts entdeckt. Diesmal sprachen die Forscher von einer Senjation, denn das Fossil ist so gut erhalten, daß es sogar flüssiges Blut gibt.

„Erstmals seit mehr als 100 Jahren ist ein ausgestorbenes Tier in einem solch guten Zustand gefunden worden“, sagte ein Moskauer Wissenschaftler der Agentur Ria Nowosti zufolge. Die etwa 10.000 Jahre alten Überreste des nun entdeckten Weibchens seien auf der Kleinen Ljachow-Insel ausgegraben worden. Das Exemplar schürt zumindest bei Mitarbeitern der Nord-Ostlichen Föderalen Universität in Jakutsk Hoffnungen, die ausgestorbenen Tiere eines Tages wieder zum Leben zu erwecken. „Ja, wir planen, das gefundene Mammut zu klonen. Ob das möglich ist, werden die Analysen von Blut und Gewebe zeigen“, sagte Sergej Fjodorow vom Mammut-Museum am Donnerstag in Jakutien der Agentur Interfax.

Alle bisher gefundenen Überreste hätten allerdings nicht geholfen, dem Ziel einer „Wiedergeburt des Mammuts“ näherzukommen, sagte der Wissenschaftler Semjon Grigorjew vom Museumslabor. Die Forscher der Universität arbeiten nach eigener Darstellung mit Klon-Experten der südkoreanischen Biotechnologie-Stiftung Soosam zusammen.

Wissenschaftler in Moskau sind jedoch skeptisch, ob das Klonen je gelingen könne. „Die Wissenschaft lebt von Visionen. Im Moment aber ist die Wiedergeburt eines Mammuts ein Wunschtraum“, sagte der Mammut-Experte Jewgeni Maschtschenko vom Paläontologischen Institut der Akademie der Wissenschaften.

Aber zum Klonen braucht man lebende Zellen. Daher sieht sein Kollege Sergej Saweljew von der Russischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften keine Erfolgsaussichten. „Nein, das ist unmöglich“, sagte der Experte, der in Moskau gerade das erste überhaupt gefundene Gehirn eines Mammuts untersucht. „Aus meiner Sicht sind solche Erörterungen Unsinn“, sagte er. Weil es keine lebenden Zellen gebe, seien solche Versuche aussichtslos.

Kim Jong Un: viele Launen



Kim Jong Un beim dem Besuch eines Kindergartens (Originaltitel auf YouTube: kim jong un visits kindergarten)

Der nordvietnamesische Diktator Kim Jong Un haßt zwar viel, aber liebt auch viel. Das soll der Film „Kim Jong Un im Kindergarten“ zeigen (Abb.). Alle strahlen, der „Oberste Führer“, die Kindergärtnerin, außer den Kindern. Die sehen ernst drein, weil sie vor allen Augen mit dem Führer Kontakt haben. So freundlich wie hier ist Kim meist, wenn er im Fernsehen erscheint. Er scherzt immer und lacht. Wenn da nur nicht seine Kriegsdrohungen wären. Die freilich äußert er nie selbst, sondern läßt sie seine Sklaven, nein seine Führungskräfte, äußern.

Im Februar hatte die Welt gestaunt, als er sich von der Konfrontation mit Südkorea los sagte. Raum war die sensationelle Botschaft aber verkündet, so kündigte er das Waffenstillstandsabkommen mit Südkorea, drohte mit Atomwaffen und vertrieb die Südkoreaner aus der Sonderwirtschaftszone Kaesong. Es schien, als sei der Führer verrückt geworden, aber das täuschte.

Er war gar nicht verrückt, sondern der Lage, die er nach dem Tode seines Vaters vorgefunden hatte, nicht so gewachsen. Denn die Alten, die die Verantwortungen nach wie vor trugen, ließen ihn wissen, daß er nicht einfach machen könne, was er wolle.

Es gibt nämlich in dem so chaotisch wirkenden Staat eine gewisse Clique, die zusammenhält und alle Macht in den Händen hat. Sofern einer, der viel jünger ist als das Durchschnittsalter der Clique, die Führung hat, wird er nur zum Teil herrschen können, denn bei Arbeitern geht es beim Rang immer zuerst nach dem Alter. Die älteren Arbeiter werden von den jüngeren mit Sie angeprochen, die jüngeren geduzt.

Daher muß Kim Jong Un sein schwieriges und gefährliches Unternehmen, Wohlstand zu mehrern, gleichzeitig aber nach außen mächtig zu erscheinen, mit gewissen Verjuchen angehen, die ihn zum Teil als Wahnsinnigen erscheinen lassen.

Aber ein Teil ist normal: Wer nämlich Atomwaffen hat, der wird erst richtig respektiert und kann unabhängiger reagieren. Es wird aber keineswegs viel nützen, daß Kim sich mit Atomwaffen umgibt, wenn der Hunger und die Armut, welche in Nordkorea herrschen, zu Aufständen führt. Vielmehr kann er mit Atomwaffen nach außen zwar drohen, aber nach innen nicht herrschen, wenn er nicht die chinesischen und sonstigen asiatischen Wirtschaftsreformen auch für sein Land in Angriff nimmt.

Wenn er das nicht macht, dann können

auch die Alten, die noch die Hand im Spiel haben, bald nicht mehr stören, da sie wie die kommunistischen Greise in Osteuropa bald auf natürlichem Wege verschwinden werden und neue, gut ausgebildete und auch mit den westlichen Telekommunikations-Erregenschaften vertraute Nachfolger kommen werden.

Das heißt, über kurz oder lang wird Kim aufgeben, den Diktator zu spielen, denn bei einer guten Wirtschaftslage muß er die Gewalt, die er zur Zeit ausübt, nicht mehr so stark betonen, da das Volk dann zufriedener würde und auch freiwillig untertan wäre. Aber auch bei einer schlechten Wirtschaftslage würde ihm wohl die Gewalt entgleiten, da sich kein Volk immer vergewaltigen läßt.

So wird sich denn zeigen, ob sein Familienname Kim, der auf koreanisch „du“, auf Vietnamesisch und Chinesisch aber „Gold“ bedeutet, ein positives Omen ist.

Berlin: gewaltbereite Salafisten

Der Berliner Innenminister Frank Henkel (CDU) und Verfassungsschutzpräsident Bernd Palenda sind wegen der wachsenden Salafisten-Szene in Berlin besorgt. In der Hauptstadt leben mehr als 200 radikale Islamisten.

Es gebe zwar nur eine abstrakte Gefährdungslage für Anschläge in Berlin, d. h. von konkreten Anschlagplänen sei nichts bekannt, dennoch könne es keine Entwarnung geben, sagte Henkel bei der Vorstellung des jährlichen Tätigkeitsberichts des Verfassungsschutzes. „Die Bedrohungslage ist nach wie vor ernst“, sagte Henkel.

Vor allem der sich ausbreitende Salafismus in Berlin macht den Sicherheitspolitikern Sorgen. Als Salafismus werden radikale Strömungen bezeichnet, die eine Gesellschaft im Rahmen frühislamischer Rechtsordnungen antreiben, wodurch sie eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen. Ein Teil der Salafisten-Szene wird zudem als gewaltbereit eingestuft.

Deutschlandweit zählte der Verfassungsschutz im vergangenen Jahr etwa 4500 Salafisten, ein Jahr davor waren es noch 3800. Auch in Berlin wächst die Bewegung in den letzten Jahren stetig. 400 Personen rechnet Palendas Behörde der fundamentalistischen Bewegung mittlerweile zu, was ein Plus von 50 Personen im Vergleich zu 2011 bedeutet. Gut die Hälfte von ihnen rechnet der Verfassungsschutz in aktuellen Bericht der gewaltorientierten Szene zu.

Als problematisch stuft der Verfassungsschutz, der in Berlin eine Abteilung der Innenverwaltung und keine eigene Behörde ist, die starke Reisetätigkeit von Islamisten ein. „Im Sommer 2012 stieg die Zahl der Ausreisen deutscher dжихadistisch-salafistisch gesinnter Personen deutlich an“, heißt es. Von 60 ausgereisten Personen seien gut ein Dutzend Berliner gewesen. Zumeist über Ägypten reisen die Männer weiter in den Nahen Osten oder nach Nordafrika, um Kontakte zum Al-Qaida-Merkmert zu knüpfen. Etwa 50 Deutsche seien zudem nach Syrien ausgereist, um dort im Bürgerkrieg zu kämpfen, Tendenz steigend. „Die Lage in Syrien ist sehr dynamisch und kann sich täglich verändern“, sagte Henkel. „Wir können leider nicht ausschließen, daß diese Personen irgendwann zurückkommen und, gestählt von ihren Erfahrungen, hier noch gefährlicher sind.“

Damaris: Musik aus dem Anden



Weil die meisten Pop-Musiker auf englisch singen, wollen wir Ihnen heute eine junge Sängerin vorstellen, die das mit Absicht nicht tut: Damaris aus Peru. Sie singt in der alten Inka-Sprache Ketschua (spanisch geschrieben: Quechua).

Lebenslauf

Damaris Mallma Borrás ist eine peruanische Volksängerin. Sie ist eine Vertreterin der zeitgenössischen Andinen Musik, welche aus einer Mischung der traditionellen Indiosprache Quechua und moderner Popmusik besteht.

Damaris wurde am 26. Januar 1986 in Huancayo geboren. Sie ist die Tochter der Sängerin Victoria de Ayacucho, besser bekannt als Saywa. Sie startete ihre Musikkarriere im Jahr 1993 im Alter von 7 Jahren im Musik-Seminar „Yawar“ und studierte danach Gesang, Musik, Theater und Tanz in Peru. Ihr Debüt als Sängerin hatte sie im Jahr 1994 an verschiedenen Institutionen, wie dem Teatro Segura in Lima, dem Miraflores-Amphitheater und der Universidad Mayor de San Marcos. Damaris beteiligte sich zudem an peruanischen Gruppen, wie Yawar, Saywa, Tupay und dem Coro Andino Juvenil (Anden-Jugendchor) mit 20 Musikern aus 5 verschiedenen Andenstaaten. Diese Gruppe wird von venezolanischen Lehrern, darunter Wilfredo Tarazona, geführt.

Im Jahr 2008 gewann sie beim Folk Song Festival von Viña del Mar. Bei den Latin Grammy Awards 2008 wurde sie für ihr Album Mil Caminos in der Kategorie „Best Folk Album“ nominiert.

Im Jahre 2001 gewann Damaris den Pepsi-Charts-Wettbewerb mit ihrer Komposition „Porque no estás aquí“ (Weil du nicht da bist). Sie reiste in die USA, um ein Album aufzunehmen und kehrte dann nach Peru zurück, um ihr Abitur zu beenden.

Im Jahr 2002 begann sie Studien in Klavier, Harmonielehre und Komposition an dem Rodaly Musik-Institut von Lima, und nahm auch privaten Gesangsunterricht

mit Martina Sara.

Im selben Jahr veröffentlichte Damaris eine Beispiels-CD mit zwei geförderten Liedern: „Triste y sola“ (traurig und einsam) und „Imillitay“, welche beide eine gute Resonanz in der Öffentlichkeit hatten. Aufgrund dieses Erfolges begann sie die Produktion einer CD. Sie fing auch an, als Solistin in Orten wie Lima, Huancayo, Ica, Bucallpa und anderen Städten aufzutreten.

Ketschua — wieder auferstanden

Ketschua ist heute wieder Amtssprache in Bolivien, Peru und Ecuador und wird von ca. 10 Millionen Muttersprachlern gesprochen, neben ca. 2 Mio. Aymara-Sprechern.

Wenn man das Energiebündel Damaris sieht, würde man nicht gleich auf eine Frau aus den Anden schließen. Sie sieht anders aus als die normalen, einfachen Indios, sie strahlt Elite aus. Dies Elite ist früher von den Spaniern sehr schlecht behandelt worden. Wenn Damaris zuerst auch auf Spanisch singen musste, damit man sie im Ausland verstand, so ist sie nun zu ihrer Muttersprache übergegangen und wachst voller Enthusiasmus darüber, daß diese nicht zu kurz kommt. Früher war es bei den Indios üblich, daß man sich der Sprache der Vorfahren schämte, alle mußten spanisch sprechen. Heute hat aber ein Umdenken stattgefunden, und die alten Indianersprachen werden in den Schulen wieder unterrichtet.

Wenn Damaris mit der Andenbahn an ihren Stationen ankommt, wo sie auftritt, so kennt die Begeisterung der Indios kaum Grenzen: Sie wird umarmt und geküßt.

Ein Beispiel für andere Sprachen

Die Macher des europäischen „Song-Festivals“ sollten sich dabei ein Beispiel nehmen, daß man auch weiterhin in seiner Muttersprache singen kann und nicht nur auf Englisch.



Quechua-Mutter mit Kind. Photo: quinet



Der Berg Huayna Picchu (Huajna Pitschu) blüht auf die Ruinen von Matischu Pitschu (Machu Picchu). Im 15. Jahrhundert, als diese Stadt gebaut wurde, sprach man bereits Ketschua, die Sprache des Inka-Reichs.

Photo: Pabowski2000

Rawelka-Rede beim Schlesier-Treffen in Hannover

Vertriebene verlangen Entschuldigung



Polen und Tschechien sollen sich bei den Deutschen für die Vertreibung entschuldigen und sie entschuldigen, das fordert Rudi Rawelka, Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien (links).

„Wir machen einseitig Veröhnung, das bringt auf Dauer nichts“, sagte Rawelka in Hannover auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier. „Wir haben uns vielfach entschuldigt.“ Gleichzeitig sprach Rawelka von „ersten Schritten hin zu einer echten Veröhnung“. „Wir bemerken auch positiv, daß Polen den Nachbarschaftsvertrag beginnt umzusetzen.“ In beiden Ländern gebe es hoffnungsvolle Zeichen.

Kritik an Merkel und Westerwelle

In seiner bereits im Vorfeld heftig umstrittenen Rede kritisierte Rawelka auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Diese habe sich 2002 noch in der Opposition für eine Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter im Osten eingesetzt, tue jetzt aber nichts. Als moralischen Tiefpunkt deutscher Außenpolitik bezeichnete Rawelka, daß Außenminister Guido Westerwelle (FDP) in Königsberg 2011 einen Kranz für gefallene Sowjet-Soldaten niederlegte, nicht aber für Frauen und Kinder, die von den Soldaten ermordet worden seien.

Kein Verzicht auf „Heimatrecht“

Eine dauerhafte Veröhnung brauche eine Anerkennung der Vertreibung, sagte Rawelka. Während die Erinnerung an den Terror des NS-Regimes allgegenwärtig sei, verblasse die Erinnerung an die Vertreibung. „Saben Millionen unschuldige Opfer eine würdige Erinnerung nicht verdient? Sind sie kollektiv schuldig geworden?“

Rawelkas Stellvertreter Christian Ruznik sprach von einem Bedarf nach Heilung von Leid und Unrecht, was bisher noch nicht geschehen sei. „Wir verzichten nicht auf ein wie auch immer gestaltetes Heimatrecht.“ Vertreibung sei nicht mit dem Krieg zu begründen und sei auch nicht Schuld der Deutschen und der Vertriebenen selbst.

Proteste gegen die Rede

Nach Bekanntwerden von Rawelkas Redeinhalt hatten Niederachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) und Landtagspräsident Bernd Busemann ihre Teilnahme an dem Treffen kurzerhand wegen antipolnischer Inhalte abgefragt. Zudem trat der als moderat geltende Präsident der Schlesischen Landesvertretung, Michael Pietich, aus Protest gegen die Haltung Rawelkas zurück.

Zu dem alle zwei Jahre organisierten Deutschlandtreffen der Schlesier kamen tausende nach Hannover. Im Mittelpunkt standen Trachtenaufführungen und Musik.

Baumblüte in Cranz



Diesmal haben wir einen Ausflug ins Alte Land, wo die Baumblüte erwartet wird, für Sie unternommen, und zwar in den Hamburger Vorort Cranz unweit von Finkenwerder.

Infolge der hohen Benzinpreise nahm ich mir vor, einmal mit öffentlichen Verkehrsmitteln hinzufahren. Das entpuppte sich aber als Ärgernis, denn die Fahrzeit war viermal so lang wie mit dem eigenen PKW. Manche Busfahrer wußten die Linien nicht, andere hatten zwar richtige Buslinien genannt, doch fuhren diese nur einmal morgens an Werktagen. Ich fuhr aber an einem Sonnabend, und da konnte ich lange warten; über 1 ½ Stunden dauerte die Fahrt mit der S-Bahn nach Neugraben. Dadurch dauerte die Reise eine Stunde länger, denn ich hätte eine Station früher in Neuwiedenthal

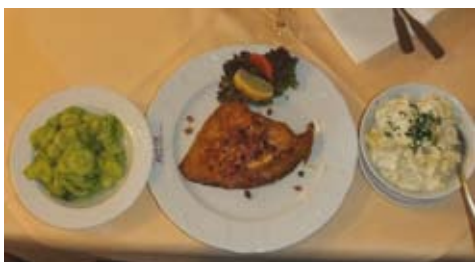
aussteigen sollen, was jedoch aus dem Interesse nicht hervorging.

Cranz liegt sowohl an der Elbe als auch an der Este und ist der östlichste Ort der Zweiten Meile des Alten Landes. Dieses ist weit und breit bekannt durch seine Baumblüte im Frühjahr. Entsprechend ist die Gegend vom Obstbau geprägt. Erstmals 1431 urkundlich erwähnt, deutet der Name darauf hin, daß der Ort franzartig auf dem Deich der Flüsse Este und Lütje erbaut ist. Und so ist Cranz auch ein typisches Straßendorf: Der ganze Ort ist entlang der engen Hauptstraße gebaut, so daß die dicken Omnibusse nur mühsam aneinander vorbeikommen.



Der Este-Damm in Cranz, rechts ein blühender Forsythia-Strauch

In der Gaststätte „Zur Post“ gibt es die bekannte Finkenwerder Scholle



Auf Grund des Groß-Hamburg-Gesetzes von 1937 wurde Cranz als einziger Ort der Zweiten Meile des Alten Landes nach Hamburg eingemeindet.

In Cranz endlich angekommen ging ich auf der Deichkrone des Este-Dammes entlang, um einige Eindrücke zu sammeln. Ein gewisser frischer Wind weht, und es gibt nur wenige Spaziergänger wegen der etwas kühlen Luft. Dafür bestaunte ich die vielen Blüten, verspätet oder rechtzeitig, und

erstellte einen schönen 3D-Film. Man muß dazu ein Stativ mitnehmen; das war zwar ärgerlich, aber nötig, weil sonst die Zuschauer seefrank werden, wenn sie den Film sehen. Überall schöne alte Häuser wohl ohne Kriegszerstörungen, meist mit roten Backsteinen und liebevoll gepflegten Vorgärten, aber leider wenig Besucher. Die wenigen, die kamen, wollten alle im schmucken „Gasthaus zur Post“ einkehren. Dort kann man sowohl



Blick auf die Este, blühende Obstbäume



Gasthof „Zur Post“, Cranz

im Freien sitzen, entweder mit Blick auf die Este, oder auf einen Tisch mit plätscherndem Springbrunnen, oder im warmen Inneren.

Als Essen wähle ich mir die knusprige Scholle nach Finkenwerder Art; sie kommt mit viel Gurkensalat und Kartoffelsalat, und wenn man sie verzehrt hat, gibt es ohne Aufpreis noch eine zweite. Das ganze für 16,50 ohne Getränk, was heute offenbar normal ist.

Für die Rückkehr finde ich eine Omnibushaltestelle, an der bereits andere warten (großes Bild links oben).



Hübscher Garten in Cranz, Tulpenblüte

Gasthof „Zur Post“, Teich mit Springbrunnen



Schöne Schriften

— für Ihren Computer —

Schreiben Sie wie zur Zeit Bismarcks mit meiner „Deutschen Schreibschrift“ (Bismarck-Zeit):

Linba ist Lubur!
U L L a f f J G h

Oder schreiben Sie wie zur Zeit Schillers und Goethes mit meiner „Deutschen Schreibschrift alt“ (Goethe-Zeit):

Linba ist Lubur!
U L L a f f J G h

Sie brauchen nur einen PC dafür. Wenn Sie ein Open-Type-fähiges Programm haben, dann setzen Sie mit meinen „denkenden DL-Schriften“, welche das lange j und die Ligaturen automatisch einsetzen. Wählen Sie aus der größten Fraktur-Auswahl der Welt, aus nunmehr über 330 Fraktur- und 34 Antiqua-Schriften.

Beltellung/PDF-Prospekt: www.fraktur.biz

Postkarten der früheren Hamburger Straßenbahn



Die alte Eisbrücke mit der Linie 11 nach Harburg

Die Straßenbahn-Postkarten mit Motiven der ehemaligen Hamburger Straßenbahn nach echten Ölgemälden von Dipl.-Ing. Helzel sind zum Teil erhältlich im Kleinbahn-Museum Wohldorf. Lassen Sie sich das Museum nicht entgehen! Die gesamte Serie mit 30 schönen Postkarten ist erhältlich gegen 22,50 € + 1,50 Porto beim Herausgeber.

CDs der Edition Romana



Hugo Kauns Meisterwerk, seine 1. Symphonie „An mein Vaterland“ von 1888, die er in Milwaukee (USA) in sehn-suchtsvoller Erwartung seiner Heimat schrieb, sollte ein Liebhaber nordisch-verhaltener, getragener Musik, wie es un-

sere Hamburger sind, nicht missen. Der Meister sagte einst über die Musik: „Gute Musik muß deutsch sein!“ Dieses Werk, und auch andere von ihm, bieten wir als einzige an.

Preis der CD: € 12,- + 2,- Versand.

Bestellung beim Herausgeber. Mehr:

www.romana-hamburg.de/cds.htm

Aus anderen Zeitungen

Tagesspiegel

Gottes Wille...

Unter der Überschrift „Gottes Wille, Israels Grenzen und die Palästinenser“ schreibt Harald Martenstein im „Tagesspiegel“:

„Die Vorstellung, daß Gott nichts Besseres zu tun hat, als sich in seinem Himmel über die Landesgrenzen seines Lieblingsvolkes Gedanken zu machen, gehört zu den besonders bizarren Ausprägungen von religiösem Wahnsinn, meint Harald Martenstein. Und betet für Israel... Dieser Wahnsinn regiert zur Zeit Israel. Deshalb werden die Grenzen permanent, Schritt für Schritt, mit Gewalt oder ohne, nach vorne geschoben. Ein Anlaß findet sich immer. Die neu besiedelten — im Martext: eroberten — Gebiete werden mit einer Schutzmauer umgeben. Jetzt beginnt man, das Restgebiet der Araber in der Mitte zu durchtrennen. Damit wird jeder Gedanke an einen Staat Palästina zur Illusion. Und natürlich wird es so niemals Frieden geben, nur den totalen Sieg der einen oder anderen Seite...“

Lesen Sie den ganzen Artikel bei:

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/messias-gesucht-gottes-wille-israels-grenzen-und-die-palaestinenenser/7496646.html>

Berliner Morgenpost

Gehen Sie doch zurück nach Fickdeppenarschland

Unter der Überschrift „Gehen Sie doch zurück nach Fickdeppenarschland“ schreibt Jan Küssel in der „Berliner Morgenpost“:

„Ein Ausländer bleibt immer ein Ausländer“: Drei deutsche Journalisten mit Migrationshintergrund tragen die härtesten Beleidigungen aus ihren Leserbriefen vor — selten war Rassismus so unterhaltsam.

Ein Jahr lang haben die „FM“-Kolumnistin, der frühere „Spiegel Online“- und jetzige „Zeit“-Autor und der „tag“-Redakteur die bizarrsten Leserbriefblüten gesammelt...

Am besten waren Riyaf, Musharbash und Muel („Zükel“), wenn sie sich mit überschlagenen Stimmen zu Sprachrohren des Horrors machten. Ganz von allein lag der Beweis in der Luft, daß sich Haß, wenn der deutsche Dichter nur unerschütterlich ungelent ist, durchaus auf Spaß reimen kann.

...In der Praxis klang das so: „Ein Ausländer bleibt immer ein Ausländer. Siehe Türken. / Mit ihrem Namen sollten Sie unter Synonym schreiben! / Gehen Sie doch zurück nach Fickdeppenarschland, wo Sie herkommen! / Sie haben offenbar keine Ahnung von Fußball. Sogar Hitler hatte mehr Ahnung von Fußball. / Denis Muel ist für mich der häßlichste Nazi der Welt. / Den Sprung vom Eiskarren zur G-Klasse scheinen Sie nicht verkrastet zu haben. / Wir haben fünf Abos der tag'. Wenn Denis Benis' Muel weiter schreibt, werden wir eins nach dem anderen kündigen! / Sie könnten doch keine fünf niederjächsischen Pilzarten und Waldorchideen aufzählen! / Ich bin dafür, Ausländer auch mit deutscher Staatsbürgerschaft abzuschieben. Übrigens: Ich bin mitte-links. / Sie erzeugen doch nur Vorurteile bei Leuten, die vorher keine hatten. / Sie sind pervers, verdummend und gefährlich. / Schade, daß ich kein tag'-Abo habe; ich würde es so gern kündigen.“ — Der gesamte Artikel:

<http://www.morgenpost.de/kultur/artikel113311814/Gehen-Sie-doch-zurueck-nach-Fickdeppenarschland.html>

Ministerium schickt falsche Zeugen

Das Thüringer Innenministerium hat dem NSU-Untersuchungsausschuß des Landtags falsche Zeugen geschickt. Demnach waren zwei Verfassungsschützer als Auswerter von Informationen des B-Mannes Tino Brandt benannt worden. Wie die Ausschußvorsitzende Dorothea Marx aber mitteilte, hätten beide nie als Auswerter gearbeitet. Zuvor hatte ein früherer Beamter des Thüringer Landeskriminalamts schwere Vorwürfe gegen das Landesamt für Verfassungsschutz und seine ehemalige Behörde erhoben.

„Wir hätten eigentlich gleich zu Haus bleiben können“ — mit diesen Worten beschrieb der Beamte seine Gefühlslage, als er im Januar 1997 erstmals davon hörte, daß Brandt ein Spitzel des Verfassungsschutzes war. Auch gegen das LKA und das Thüringer Innenministerium erhob der Beamte Vorwürfe. So sei nach Ende 1996 zu Durchsuchungen bei Brandt und anderen Neonazis gedrängt worden, weil die Leitungsebene noch vor Jahresende Erfolge präsentieren wollte. Doch mit diesen Razzien sei monatelange Ermittlungsarbeit zunichte gemacht worden.

Dr. Gerhard Frey †



Der Gründer der rechten Deutschen Volksunion (DVU), Dr. Gerhard Frey, starb am 19. Februar nach kurzer Krankheit im Alter von 80 Jahren in seinem Haus in Gräfelfing bei München. Frey galt als schillernde Figur der rechtsextremen Szene und war bis zuletzt Herausgeber der in München erscheinenden „National-Zeitung“. 1987 gründete er die DVU, die von Beginn an vom Verfassungsschutz beobachtet und von diesem als verfassungsfeindlich eingestuft wurde. Frey führte die DVU bis Anfang 2009.

Man versuchte, ihn öffentlich zu schädigen; im Fernsehen konnte er nur winzige Sätze vorbringen. Justizminister Wenda wollte ihm das Grundrecht der Pressefreiheit wegen Mißbrauchs nach Artikel 18 Grundgesetz entziehen. Der Antrag wurde aber 1974 vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt. Auch wollte der Innenminister Beckstein ihm das Recht auf einen Waffenschein absprechen. Das bayerische Verwaltungsgericht gab Frey aber Recht.

Frey war am 18. Februar 1933 in Cham (Oberpfalz) geboren. Er stammte aus einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie. Nach dem Abitur studierte er Jura in München und Graz, wo er 1959 zum Dr. rer. pol. im Wirtschaftsrecht promovierte. Seit 1951 war Frey als freier Mitarbeiter für die „Deutsche Soldaten-Zeitung“ aktiv, die damals von früheren Wehrmachtsoffizieren mit amerikanischer Unterstützung zur Förderung des Gedankens eines Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik gegründet worden war. Ab 1954 versiegten die Geldquellen der US-Regierung sowie des Bundespresse- und Informationsamts. Die Zeitung wurde in „Deutsche National-Zeitung umbenannt“, ging zur Hälfte in seinen Besitz über. 1959 wurde er zum Herausgeber und Chefredakteur dieser Zeitung.

Schöner mit Stichtbogen

Wer moderne Häuser sieht, wird oft die Ede und Langweiligkeit der Architektur bedauern. So tadelte Gr-Bürgermeister Henning Voscherau die „kalte und herzlosen“ Architektur der Hafen-City. „Man muß Architekten als Bauherr stets auf die Finger schauen“, meint er.

Auf ein Eigenheim bezogen, vergleiche ich mal zwei verschiedene Häuser (mein Groß- und Urgroßvater waren beide Stadtbaumeister): ein Haus mit einfachen, rechteckigen Fenstern und einer Tür (a), und die Version mit Stichtbögen (b).



a) Haus in einfacher Rechteck-Bauweise



b) Dasselbe Haus mit Stichtbögen

Obwohl die untere Abbildung auch nur ein ganz einfaches, nicht verziertes Haus zeigt, sieht man doch, daß durch die Stichtbögen, die Gesimse und runden Einfassungen an der Oberseite der Fenster und Tür die Atmosphäre deutlich gewinnt.

Das Haus wirkt deutlich anheimelnder und weniger trostlos, es hat, obwohl es sonst noch recht unverziert ist, eine weniger nüchterne und sachliche Ausstrahlung.

In meiner Schulzeit wurden wir noch von den sehr linken Kunstlehrern belehrt, Sachlichkeit und Einfachheit sei bereits gut. Das Gegenteil ist der Fall!

Es ist vielmehr Kunst nicht immer nur Einfachheit, Asymmetrie und Nonsens, sondern die Griechen und Römer haben für alle Zeiten gezeigt, daß Raumauffassung sich nicht in einfacher Geometrie erschöpfen soll, die von kleinen Kindern hinkommen würde. Es muß immer mit der Antike, die ein zeitloses, unveränderliches Muster hinterlassen hat, verglichen werden, damit wir nicht barbarischen, ungeübten Architekten das Geld nachwerfen, die unsere Städte nur verhandeln.

Endlich gibt es aber ein Umdenken: Als Beispiel erwähne ich, daß zur Zeit in Frankfurt am Main ein häßliches Denkmal abgerissen wird, das sich für eine Abbildung gar nicht eignet, denn es ist viel zu häßlich: der sog. „Schirn-Tisch“. Es handelt sich um ein fischartiges Beton-Ungetüm, von dem viele Frankfurter noch nicht verstanden haben, was es eigentlich darstellt. Durch den Abriss wird nun Platz geschaffen für den Wiederaufbau des alten Frankfurt mit den im Kriege vernichteten Fachwerkhäusern.

Grundstein für Berliner Schloß gelegt

Bundespräsident Joachim Gauck hat am 12. 6. den Grundstein für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses gelegt. Die frühere Residenz der Preußenkönige in der Mitte Berlins werde ein lebendiger Ort der Weltkulturen werden, sagte Gauck beim traditionellen Hammer Schlag auf dem Schloßplatz. Unter dem Namen „Sumboldtforum“ sollen im Schloß ab 2019 die Schätze der außereuropäischen Kulturen aus den Berliner Museen gezeigt werden.

Die Kosten liegen bei 590 Millionen Euro (ohne die Innenräume, die eventuell nachträglich noch eingebaut werden können).

Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU), sagte, der Wiederaufbau sei eines der bedeutendsten Kulturvorhaben Deutschlands und werde der deutschen Hauptstadt seine historische Mitte wiedergeben. Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) rief die Menschen dazu auf, das Schloß zu einem „wahrhaftigen Haus des Volkes“ zu machen. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) sagte, die Stadt erhalte einen neuen kulturellen Leuchtturm.

Regierungssprecher Steffen Seibert versicherte, daß es sich bei dem Projekt nach Ansicht der Bundesregierung „um eines der bedeutendsten Kulturvorhaben in Deutschland handelt“.



Der Rittersaal im Berliner Stadtschloß

Das alte Schloß, das 1950 von der SED gesprengt wurde, ist zwar nicht zur Gänze geplant, denn die Spreeseite wird nicht originalgetreu aufgebaut, und von der kostbaren Innenausstattung sollen zunächst nur die Treppen, aber nicht einzelne Räume wiederhergestellt werden. Eine solche Rekonstruktion scheint gerade noch finanziell zu schaffen zu sein. Es wird noch Generationen beschäftigen, wenn der prachtvolle Bau einst wirklich die alte Ausstrahlung haben sollte.

Das vernichtete Deutsche Nationaldenkmal „Wilhelm I.“ vor dem Schloß soll erstmal wegbleiben. Aber vielleicht ändert sich der Zeitgeschmack auch hier?



Das Berliner Stadtschloß mit dem Deutschen Nationaldenkmal vor der Zerstörung

Deutschlands Bevölkerung schwindet

Deutschlands Bevölkerung wird bis zum Ende des Jahrhunderts um rund 26 Millionen Einwohner geschrumpft sein, das ist etwa ein Drittel der heutigen Bevölkerung von rund 80 Millionen. Die Einwohnerzahl in Afrika dagegen soll sich vervielfachen.

Das geht aus den neuesten Vorausberechnungen der UN zur Weltbevölkerung hervor.

Dieser Trend ist nach Einschätzung des Berliner Bevölkerungswissenschaftler und langjährigen Mitarbeiters der UN-Bevölkerungsstudien, Thomas Büttner, nicht mehr aufzuhalten. „Selbst Zuwanderung kann den Rückgang nicht stoppen“, sagte Büttner bei der Präsentation der UN-Zahlen in Berlin. Es sei absehbar, daß die Deutschen in Zukunft weniger würden.

Impressum:

Herausgeber und Schriftleiter:

Dipl.-Ing. Gerhard Helzel,

Timm-Bröger-Weg 15,

22335 Hamburg, Tel. (040) 50 53 74

Internet: www.hamburger-nachrichten.biz

E-Mail: gerhard.helzel@freenet.de

Herstellung:

Druckdiscount 24

Benloer Straße 1271

50829 Köln

Anzeigen: über den Herausgeber.

Kostenlose Frakturschriften: www.fraktur.biz
Die Beiträge stammen, falls nicht anders angegeben, vom Herausgeber; sonstige Beiträge müssen nicht mit seiner Meinung übereinstimmen.

Grundchrift Gutenberg-Fraktur 9,3 Pkt. Anzeigenpreis: nach Auflage, als Textanzeige ab € 1,- je mm / Spalte (auch Farbe). Auch eine Werbeeinlage in der Zeitung ist möglich. Günstig für Clubs, Vereine, Firmen. Eine Mitbestimmung an der Auflage und der Vermarktung ist möglich!

Konto Hamburger Sparkasse 1215/46 37 44, BIC 200 505 50.